

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Martin Stümpfig

Erster Vizepräsident Karl Feller

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Hans Friedl

Abg. Florian von Brunn

Abg. Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Sandro Kirchner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel im Freistaat

Bayern - Bayerisches Klimagesetz (BayKlimaG) (Drs. 18/16050)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 54 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich wie immer an der Redezeit der stärksten Fraktion. Als erstem Redner erteile ich im Rahmen der Aussprache Herrn Kollegen Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Beratung unseres Entwurfs eines wirksamen Klimagesetzes in Bayern zeigen wir den Weg auf, wie man den Herausforderungen der Klimakrise begegnen kann: mit handfesten, gesetzlich festgeschriebenen Maßnahmen. Seit drei Jahren warten wir hier auf ein Klimagesetz der schwarz-orangen Koalition. Vor sechs Monaten hat Ministerpräsident Söder noch einmal angekündigt: Es gibt eine Generalrenovierung. – Nichts liegt bis dato vor. Die Klimakrise geht weiter. Die Staatsregierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN bewegt sich aber nicht. Außer Ankündigungen passiert nichts. Die CSU will keine Windkraft, die FREIEN WÄHLER wollen keine Solarnutzung. So geht es hin und her. Heute können Sie aber mit Ihrer Zustimmung zu einem wirklich wirksamen Klimaschutzgesetz etwas für den Klimaschutz auf den Weg bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Klimakrisenereignisse dieses Jahres sind wirklich schockierend. Im Wirtschaftsausschuss hatten wir Ende September die Debatte dazu. Ich habe noch einmal die Bilanz der Hochwasserkatastrophe nachvollzogen: 180 Todesopfer in Deutschland und in Belgien. Darauf wurde mir seitens der CSU und der FREIEN WÄHLER vorgewor-

fen, ich würde Horrorszenarien an die Wand malen. – Das, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, hat mich noch einmal fassungslos gemacht. Die Ereignisse sind schrecklich, die Realitäten des Jahres 2021 haben unsere Warnungen schon längst überholt. Doch dann hört man im Ausschuss, dass das Horrorszenarien seien, obwohl es wirklich Tatsachen sind, die aufgezeigt wurden. Hier in Bayern sind die gleichen Personen an der Macht wie die, die im Bund lange Zeit an der Macht waren, nun aber hoffentlich bald nicht mehr. Wenn man das bedenkt, dann ist das unfassbar. Ich frage mich, was denn noch passieren muss, damit CSU und FREIE WÄHLER endlich aus ihrem hundertjährigen Klima-Dornröschenschlaf aufwachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In unserem Klimagesetz haben auch die Themen Klimaanpassung, Starkregen- und Hitzeaktionspläne einen breiten Raum. Der aktuelle Weltklimabericht unterstützt uns noch einmal. Er sagt in einer sehr klaren Sprache: Wir müssen alles tun, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Die verbleibenden Restemissionen sind sehr, sehr knapp. Auf Bayern heruntergebrochen, und das ist unser zentraler Bestandteil in Artikel 5, sind das dann noch 700 Millionen Tonnen, die wir emittieren dürfen. Das ist festgeschrieben. Das ist unsere oberste Richtschnur, das ist das Budget. So hat das auch das Bundesverfassungsgericht in diesem Frühjahr noch einmal bestätigt. Durch die Einhaltung dieses Budgets werden die Freiheitsrechte der kommenden Generationen gewahrt. Das sagt das Gericht. Darauf haben wir demokratischen Parteien uns zu verständigen, daran haben wir uns zu halten. Das muss also in ein verfassungskonformes Klimagesetz hinein.

Wir haben diesen Budgetmechanismus in Artikel 5 verankert. In Artikel 6 haben wir den einzelnen Ministerien Budgets zugewiesen, weil nur dann wirklich klar ist, dass Klimaschutz verbindlich wird. Diese Verbindlichkeit wollen Sie von den FREIEN WÄHLERN und der CSU partout nicht. Sie stehen lieber auf der Seite der beiden Seifenblasenkünstler Markus Söder und Hubert Aiwanger – anders kann man das nicht sagen –, die mit ihrer Zirkusclown-Nummer irgendetwas im luftleeren Raum machen, die un-

verbindlich bleiben. Das ist dann gleich wieder verflogen. Wenn Sie sich aber die Thematik endlich einmal zu Herzen nehmen würden, dann würden Sie sehen, dass bei dieser Taktik mit jedem Jahr, mit jedem Monat, in dem Sie Ihre Zirkusnummern aufführen, notwendige Zeit, wichtige Zeit verplempert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Transformationspfad wird damit noch steiler, und er wird umso schwieriger. Diese Haltung ist für die nächsten Generationen im wahrsten Sinne des Wortes fatal. Aus Ihrer Zirkusclown-Nummer wird dann schnell ein Albtraum. Wir GRÜNEN werden dabei nicht zusehen. Wir wollen das ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Energieversorgung im Jahr 2035 soll weitgehend auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Dafür müssen aber jetzt die Weichen gestellt werden. Es muss deshalb endlich Schluss sein mit dem Kasperltheater bei der Windkraft mit der 10-H-Regelung. Dazu aber später noch mehr in unserem Dringlichkeitsantrag.

Die Staatsregierung schafft es aber nicht einmal, bei so einfachen Maßnahmen wie Photovoltaikanlagen auf Liegenschaften klare Kante zu zeigen. Markus Söder kündigt eine Vervierfachung bis 2030 an. Das heißt aber trotzdem nur, dass zum Schluss auf 15 % der staatlichen Liegenschaften PV-Anlagen sind. 7.700 Dächer bleiben leer. Wer so klein denkt – Herr Ministerpräsident Söder, Sie sind nicht anwesend –, der schafft die Energiewende niemals.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine gute Landesplanung legt den Grundstein für die erneuerbaren Energien. Unser Artikel 10 sagt hier ganz klar: 1 % für Solargewinnung, 2 % für die Windkraft. Alle norddeutschen Bundesländer produzieren weit über ihren Bedarf. Wir in Bayern haben eine große Nachfrage. Die Lücke wird aber immer größer. Das heißt, wir werden immer mehr zu einem Stromimporteur. Die CSU mit ihrer Blockadepolitik hat deshalb

maßgeblichen Anteil an den derzeit sehr hohen Strompreisen. Das kann so nicht weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in vier Tagen, am 31. Oktober, beginnt die COP26, die 26. Weltklimakonferenz in Glasgow. Die Erwartungen sind hoch. Wir hoffen auf gute Beschlüsse auf allen Ebenen. Wir müssen also auch hier in Bayern endlich neu denken, die Wissenschaft ernst nehmen und danach handeln. Bayern braucht ein wirksames Klimagesetz und eine konsequente Klimapolitik. Das ist mehr als überfällig. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Prof. Dr. Hahn. Bitte schön, Herr Prof. Dr. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Stümpfig, Sie sind ja hier andauernd im Panik- und Krisenmodus. Man sollte vielleicht einmal die Panik und Krise der Bevölkerung in wirtschaftlicher Hinsicht ernst nehmen; denn eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach hat schon vor der Bundestagswahl ergeben, dass 55 % der Deutschen zusätzliche Kosten für den Klimaschutz ablehnen. 60 % halten zudem Anreize beim Thema Klimaschutz für sinnvoller als Verbote und Regulierungen, so wie Sie sie immer vorschlagen, auch in diesem Gesetzentwurf. Hier meine Frage: Warum reagieren Sie in Ihrem Gesetzentwurf nicht auf die Mehrheitsstimmung im Land und setzen weiter auf Vorgaben und Maßnahmen mit nicht bezifferbaren Kosten, was hier alles eigentlich noch auf uns zukommen wird?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Hahn, wenn Sie momentan einmal auf die Börsenstrompreise schauen würden, dann würden Sie erkennen, dass genau dann, wenn wir hohe Einspeisungen an Sonnen- oder Windstrom haben, die Strompreise relativ weit

unten sind. Wenn wir hohe fossile Einspeisungen haben, sind wir an der Strombörse bei ungefähr 40 Cent. Dann geht es wieder runter, wenn wir mehr Strom aus Windkraft haben. Die einzige Absicherung gegen erstens so stark schwankende Preise und zweitens Preise, die so durch die Decke gehen, sind ein konsequenter Klimaschutz und der Ausbau der erneuerbaren Energien. Das sagen Ihnen alle Experten, was Sie wüssten, wenn Sie sich einmal damit beschäftigen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Dann darf ich den nächsten Redner aufrufen, Herrn Dr. Martin Huber von der CSU-Fraktion. Herr Abgeordneter Huber, bitte schön.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast uns alle hier im Bayerischen Landtag verbindet die Zielsetzung, den Klimawandel als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam zu meistern. Aus Verantwortung für die Schöpfung und aus Fairness gegenüber den nachfolgenden Generationen stehen wir hier in der Pflicht und in der Verantwortung. Man kann es gar nicht oft genug sagen: Der Klimawandel findet nicht nur irgendwo statt; er findet auch ganz konkret in Bayern statt und betrifft uns ganz konkret. Unsere bayerischen Gletscher, Flora und Fauna bekommen die Folgen der Erwärmung zu spüren. Gerade in diesem Jahr hatten wir schon mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen und haben es immer noch. Die Extremwetterereignisse und Flutkatastrophen haben vielen Menschen in Deutschland Hab und Gut und sogar das Leben genommen. Für den Sommer in Bayern war ein Drittel mehr Regen als üblich zu verzeichnen, verglichen mit den Jahren 1991 bis 2020. Trotzdem brachte es dieser Sommer auf eine Durchschnittstemperatur, die um 1,2 Grad über dem langjährigen Mittel der Jahre von 1971 bis 2000 liegt.

In Bayern spüren wir den Klimawandel auch in den Alpen ganz besonders; denn sie sind ein Brennglas des Klimawandels. 2020 war auf der Zugspitze das wärmste Jahr

überhaupt seit Beginn der Messungen dort. Unsere Gletscher leiden. Ihre Speicherfunktion entfällt; schnellere Trockenheit, gleichzeitig aber auch schnellere Hochwasser in den Wasserläufen sind die Folge. Auch der Permafrost innerhalb des Gesteins schwindet. Seit Beginn der Aufzeichnungen auf der Zugspitze ist der Permafrost dort um rund ein Drittel zurückgegangen.

Wir müssen also handeln. Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe, und Klimaschutz funktioniert am besten, wenn er konkret wird. Dafür braucht es Maßnahmen. Die GRÜNEN tun ja immer so, als hätten sie beim Klimaschutz einen Alleinvertretungsanspruch und als wäre in der Vergangenheit nichts geschehen. Beides ist falsch.

Schon bevor das Pariser Übereinkommen vom Dezember 2015 ein dynamischeres und verstärktes politisches Handeln in der Klimapolitik beschloss, hatte Bayern gehandelt. 2004 wurde die Bayerische Klima-Allianz gegründet und 2014 das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 verabschiedet. Natürlich stehen wir zu dem Ziel, den Anstieg der globalen Mitteltemperatur deutlich auf unter 2 Grad, nach Möglichkeit auf 1,5 Grad zu begrenzen. Bayern unterstützt seit 2019 mit der Bayerischen Klimaschutzoffensive und einem zielgerichteten Maßnahmenpaket im Rahmen seiner Möglichkeiten eine am Übereinkommen von Paris orientierte Klimapolitik. Der 10-Punkte-Plan aus dem Klimaschutzgesetz 2020 basiert auf den drei bewährten Säulen der bayerischen Klimapolitik: Minderung der Treibhausgase, Anpassung an die Folgen des Klimawandels sowie Forschung und Entwicklung. 2020 folgten die Gründung der Landesagentur für Energie und Klimaschutz, die Gründung des Bayerischen Klimarats und das Bayerische Klimaschutzgesetz.

Bayern ist maßgebliche Schritte in Richtung von mehr Klimaschutz gegangen. Mit dem Bayerischen Klimaschutzgesetz haben wir uns das Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen je Einwohner bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 % zu senken, bezogen auf den Durchschnitt des Jahres 1990. Angesichts des spürbaren Klimawandels hat auch unser Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung im Juli

dieses Jahres angekündigt, die Anstrengungen nochmals zu verstärken und mehr Geld für den Klimaschutz bereitzustellen.

(Beifall bei der CSU)

– Da darf man ruhig klatschen. – Ziel ist es, den Freistaat bis 2040 klimaneutral zu machen. Allein im kommenden Jahr soll dafür 1 Milliarde Euro ausgegeben werden. Hochgerechnet wollen wir bis 2040 insgesamt 22 Milliarden Euro im Freistaat Bayern für Klimaschutz ausgeben. Sie sehen also: Wir machen Tempo beim Klimaschutz. Unser Maßstab ist ein klimaneutrales Bayern bis 2040 und eine Reduktion der CO₂-Emissionen um mindestens 65 % bis 2030.

Für uns gehören dabei aber eine moderne Wirtschaft und eine moderne Klimaschutzpolitik, Ökologie und Ökonomie ganz eng zusammen. Eine gesunde Umwelt und der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind die beste und notwendige Voraussetzung für eine langfristig stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Mit innovativer Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz kann es gelingen, unsere Wirtschaft umfassend fortzuentwickeln und gleichzeitig den Klimaschutz voranzutreiben.

Das Bayerische Klimaschutzgesetz entwickeln wir mit dieser Zielrichtung weiter. Wir haben hier bereits auch konkrete Maßnahmen: den Ausbau der erneuerbaren Energien mit der Photovoltaik, den Ausbau von intelligenten und verlustarmen Stromnetzen, verstärkte Forschungsaktivitäten für intelligente Energiespeicher, die Verstärkung der Anstrengungen zur Erforschung verschiedener Energiespeicherarten wie Kurzzeitspeicher, mittelfristige Speicher, saisonale Speicher und Ultrakondensatoren. Wir wollen auch eine schnellere Umrüstung auf alternative Antriebe für die Verbesserung der Effizienz und Umweltbilanz und alternativen Kraftstoff. Wir wollen die Förderung von Clean Economy für eine Kreislaufwirtschaft der Zukunft. Durch aktiven Moorbodenschutz speichern wir große Mengen CO₂, und indem wir die Potenziale der nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft durch mehr Bodenschutz mit Humuserhalt, Waldumbau

und Grünland nutzen, leisten wir auch in diesem Bereich unseren Beitrag. Als Stichworte sind noch der Ausbau von Urban Mining zu nennen, die Nutzung des Rohstoffvermögens von Sekundärrohstoffen und gleichzeitig die Schonung der natürlichen Ressourcen.

Wir dürfen nie vergessen: Klimaschutz ist selbstverständlich ein fortwährender Prozess. Forschung und Innovation sind hier stetig voranzutreiben. Natürlich will Bayern zum Erreichen der Klimaschutzziele von Paris beitragen und mit dem Bayerischen Klimaschutzgesetz die eigenen Klimaschutzziele verbindlich festlegen, Mechanismen zur Überprüfung der Zielerreichung definieren und zusätzlich zum Klimaschutzgesetz konkrete Maßnahmen zur Zielerreichung über alle Ressorts hinweg vorantreiben.

Bayern unterstützt bereits jetzt kraftvoll die klimapolitischen Maßnahmen auf Bundes- und EU-Ebene. Das Thema Klimaschutz betrifft nicht nur ein oder zwei Ministerien, sondern ist eine Querschnittsaufgabe. Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen: Michaela Kaniber, unsere Landwirtschaftsministerin, trägt beispielsweise mit Konzepten zum Urban Gardening, mit der Erneuerung in der Landwirtschaft durch Förderung von Ökomodellregionen, mit der Umgestaltung der Staatsforsten und der stärkeren Betonung der Klimafunktion der Wälder dem Klima- und Umweltschutz Rechnung. Kerstin Schreyer, unsere Bauministerin, kümmert sich in ihrem Bereich um Recyclingmöglichkeiten von Baustoffen, die Verwendung von Holz und dergleichen mehr, aber auch um eine klimagerechte Mobilität. Klimaschutz bedeutet, sektorenübergreifend zu denken, Innovationen zu beleuchten und zielstrebig zu handeln.

Aber kommen wir zu Ihrem Gesetzesvorschlag. Praktisch wortgleich, mit minimalen Änderungen haben Sie den gleichen Gesetzentwurf von 2019 erneut eingebracht. Genau wie damals gilt: Ihr Entwurf weist keinen Weg in die Zukunft. – Die GRÜNEN setzen weiterhin auf ordnungspolitische Bevormundung, Vorschriften und Verbote. Sie delegieren den Klimaschutz an die Kommunen, und mit den enthaltenen zahlreichen Verpflichtungen und dem riesigen Bürokratieaufwand für die Kommunen wird massiv in deren Selbstverwaltung eingegriffen.

In Artikel 23 fordern Sie ein Gremium namens Klimabeirat. Um Ihrem Gedächtnis ein bisschen auf die Sprünge zu helfen, darf ich Sie vielleicht an ein Gremium mit ziemlich genau den Aufgaben, die Sie beschreiben, erinnern. Dieses nennt sich Bayerischer Klimarat, tagt unter dem Vorsitz unseres Umweltministers Thorsten Glauber und besteht aus Personen aus verschiedenen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Fachrichtungen.

Wo ist in Ihrem Entwurf die Verbindung von Klimaschutz und Wertschöpfung? Wo ist bei Ihnen die Verbindung von Klimaschutz und Innovation? Wo ist bei Ihnen die Verbindung von Klimaschutz und Hightech? Wo ist bei Ihnen die Verbindung von Klimaschutz und Forschung und Entwicklung? – Richtig, nirgends! Es gibt sie nicht. In Ihrem gesamten Gesetzentwurf kommen diese Begriffe nicht vor.

Ich kann meine Feststellung aus der Ersten Lesung des Gesetzentwurfs nur wiederholen. Anzahl der Nennung von Innovation: null. Anzahl der Nennung von Forschung: null. Anzahl der Nennung von Cleantech: null. Anzahl der Nennung von Wasserstoff: null. Auf gut Deutsch: Was die Verbindung von Klimaschutz und Wertschöpfung angeht, ist und bleibt Ihr Vorschlag eine Nullnummer.

(Beifall bei der CSU)

Kein Wort von Ihnen dazu, wie Sie die historische Aufgabe, Arbeit, Wirtschaft sowie Klima und Umwelt miteinander zu verbinden, meistern wollen. Eine gesunde Umwelt und der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind für uns die Voraussetzung für diese langfristige stabile Entwicklung. Ich habe es gerade angesprochen. Bayern hat über das Bestehende hinaus noch eine Menge Ideen, weit mehr, als in Ihrem Gesetzentwurf enthalten sind.

Lassen Sie mich aber noch kurz etwas zum Thema Aktuelles sagen: Die GRÜNEN erleben momentan, wie schnell sie aus den Wolken der moralischen Überheblichkeit auf den harten Boden der Realität zurückgeholt werden.

(Zurufe)

Was haben sie in der Vergangenheit nicht alles an Forderungen aufgestellt! Jetzt lockt die Macht in der Ampelkoalition, und die hehren Grundsätze sind auf einmal gar nicht mehr so wichtig. Kohleausstieg: Plötzlich soll dieser nicht mehr spätestens 2030 erfolgen, sondern nur noch idealerweise. Tempolimit: Was haben sie dieses fast schon wie eine Monstranz vor sich hergetragen! Man konnte bei ihnen fast schon den Eindruck gewinnen, das Tempolimit ist für die GRÜNEN das allein glücklich machende Instrument. Bei den Sondierungen zur Ampelkoalition war vom Tempolimit nichts mehr zu hören, ganz im Gegenteil: Die GRÜNEN haben eine ihrer Kernforderungen in Rekordgeschwindigkeit abgeräumt.

Hier entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass Fridays for Future weiterdemonstriert, aber jetzt gegen die Ampel und damit auch gegen die GRÜNEN.

(Zuruf)

Willkommen in der Realität! All dies zeigt aber auch: Die Entzauberung der GRÜNEN hat begonnen.

Wir lehnen den Entwurf ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es gibt noch eine Zwischenfrage. Martin Stümpfig hat sich gemeldet. Herr Abgeordneter Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Huber, nach der Bauchlandung, die Sie bei der Bundestagswahl hingelegt haben, sind Ihre Worte doch etwas forsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zur Sache: Bayern hat von 1990 bis 2018 gerade einmal 12 % CO₂-Reduktion erreicht. Jetzt sagt Ministerpräsident Söder, bis 2030 müssen minus 65 % erreicht werden, das heißt 6 % Einsparung pro Jahr. Das sind Ihre Ziele. Das reicht nicht für das Pariser Abkommen, aber das sind zumindest Ihre Ziele. Gleichzeitig sagen Sie – um auf die Kommunen zu kommen –: Nein, die Kommunen sollen nur Empfehlungen erhalten. – Glauben Sie denn, wenn Sie die Kommunen bei dieser Herkulesaufgabe von 6 % Einsparung pro Jahr nicht unterstützen, dass diese das Ziel dann schaffen? – Dahinter steckt einfach nichts, das sind nur Seifenblasen, die Sie hier produzieren, genauso wie die Show, die Sie heute wieder aufführen. Sie hören sich, glaube ich, sehr gern reden, aber es steckt einfach nichts dahinter. Glauben Sie denn wirklich, dass wir diese Ziele, die Sie sich selbst stecken, mit dem Wischiwaschi-10-Punkte-Plan, den wir haben, und mit diesem unverbindlichen Klimagesetz erreichen, zu dem selbst Markus Söder gesagt hat: Nein, hier brauchen wir eine Generalrenovierung –? Wann kommt diese Generalrenovierung denn?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Huber.

Dr. Martin Huber (CSU): Zunächst einmal, Herr Kollege Stümpfig, möchte ich festhalten: Es ist in der Tat so, dass Fridays for Future jetzt vor Ihren Parteizentralen demonstriert und sagt: Das, was in den Ampelverhandlungen zum Klimaschutz steht, reicht Fridays for Future nicht. – Insofern wüsste ich nicht, was an dieser Aussage nicht zutreffend wäre.

(Zuruf)

Dies nur der Vollständigkeit halber. Darüber hinaus haben wir natürlich, wie Sie es angesprochen haben, unsere ehrgeizigen Ziele beim Klimaschutz. Wir haben immer gesagt: Die bayerischen Klimaschutzbemühungen und -anstrengungen sind eingegliedert in die Bemühungen auf Bundes- und Europaebene, auch in das EU-Programm "Fit for 55".

(Zuruf)

Wir werden unseren Weg hier kraftvoll weitergehen und beim Klimaschutz verdeutlichen, dass Bayern hier sehr starke Akzente setzt, dass wir mit der Hightech Agenda des Ministerpräsidenten Wirtschaft und Klimaschutz miteinander verbinden und dass dies auch der Weg ist, der in die Zukunft führt;

(Zuruf)

denn es hilft uns nichts, wenn wir ein Phänomen wie Carbon Leakage mit Abwanderungen in andere Regionen haben, wo dann mehr CO₂ ausgestoßen wird als bei uns. Unser Weg ist es, Klimaschutz und Wertschöpfung zu verbinden. Dies hat nichts mit Zirkus zu tun, sondern mit der Realität und mit einer verantwortungsvollen Politik auch für die Zukunft unseres Standorts im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Dr. Huber. – Ich darf damit zum nächsten Redner kommen. Dieser ist Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Prof. Dr. Hahn.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN! Heute dürfen wir uns hier zum zweiten Mal mit Ihrem unausgereiften Gesetzentwurf zum Thema Klima befassen, der mit seiner gebündelten Inkompetenz vielleicht noch die SPD beeindruckt, bei näherer Betrachtung aber keine stichhaltigen Argumente liefert. Im Generellen ist zu sagen, dass Sie zwei völlig wesensfremde Sachverhalte miteinander verwursten: den unmöglichen Schutz des Klimas und die mögliche Anpassung an das Klima. Für beides ist Ihr Entwurf allerdings untauglich; denn selbst eine Anpassung läuft bei Mensch, Tier und Pflanze schon seit Urzeiten eigenbestimmt ab und lässt sich nicht gesetzlich verordnen.

(Zuruf)

Offensichtlich soll Ihr Gesetz auch gar nicht helfen, sondern nur die Kosten für unsere Bürger mittels CO₂-Abgabe weiter in die Höhe treiben. Wir sehen dies momentan schon an den Lebensmittelpreisen, die binnen Jahresfrist um 5 % gestiegen sind. Wir sehen das an den um – sage und schreibe – 35 % gestiegenen Heiz- und Kraftstoffpreisen, und wir sehen das nicht zuletzt an den nach wie vor weltweit höchsten Strompreisen. Diese Zeche zahlt wieder einmal der deutsche Michel, besonders unser Mittelstand!

(Zuruf)

Während die Europäische Union die Gelddruckmaschine anwirft, leiden die arbeitenden Menschen unter einer zunehmenden Inflation und müssen Ihre CO₂-Abgaben zahlen – heuer noch 25 Euro pro Tonne, nächstes Jahr dann schon 30 Euro. Nicht das Klima treibt die GRÜNEN in Wirklichkeit um, sondern ihre ökosozialistischen Umverteilungsfantasien, die sie jetzt noch in Gesetzesform gießen wollen. Im Detail läuft Ihr Entwurf frei nach dem Motto: Was der Staat nicht regeln kann, das sollen die Kommunen jetzt umsetzen. Sie unterbreiten hier Vorschläge, die an der Realität zwangsläufig scheitern müssen. Ich nenne Ihnen hier gerne ein paar Beispiele.

Erstes Beispiel: Thema Klima-Verkehrsplan. Ich zitiere:

Der kommunale Klima-Verkehrsplan legt fest, mit welchen Mitteln die Kommune die vom lokalen Verkehr induzierten Treibhausgasemissionen so reduziert, dass damit ein zur Erreichung der Klimaschutzziele gemäß Art. 5 proportional angemessener Beitrag geliefert wird.

Hier kann man sich nur fragen, welche Mittel die Kommune denn zur Verfügung hat, um zum Beispiel die Bürger zu zwingen, ihr Auto zu Hause zu lassen. Oder haben Sie in Ihrem Gesetzentwurf die grüne Kommunalpolizei vergessen, die dafür sorgen soll,

dass – wie in der ehemaligen DDR – Spitzel ihre Nachbarn dabei melden, wie sie unerlaubterweise mit ihrem Pkw die Wohnung verlassen?

Zweites Beispiel: Thema kommunale Wärmeplanung.

Mit der kommunalen Wärmeplanung sollen auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Kommunen zugeschnittene langfristige Konzepte zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudebestands bis zum Jahr 2040 entwickelt werden.

So Ihr Entwurf. Man fragt sich: Warum ist das eigentlich nicht schon anderen Parteien aufgefallen? – Ah, wahrscheinlich, weil eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zur Energiewende zu dem Ergebnis gelangt, dass zwei Drittel aller Wohngebäude in Deutschland vor 1980 entstanden sind. Was bedeutet das? – Man müsste die Mehrzahl der Haus- und Wohnungsbesitzer in Bayern dazu zwingen, eine aufwendige energetische Sanierung durchzuführen. Diese ist nicht gerade billig, zumal Baumaterialien derzeit ohnehin Mangelware sind.

Drittes Beispiel: Klimaschutzkonzepte. Ich zitiere:

Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind, soweit dies nicht bereits erfolgt ist, verpflichtet, für ihren jeweiligen Wirkungsbereich ein Klimaschutzkonzept zu erstellen.

Das klingt erst einmal harmlos, bis man weiterliest und von einer "Bestandsaufnahme der in der jeweiligen Kommune verursachten Treibhausgasemissionen aufgegliedert nach Sektoren" erfährt oder von einer "Prognose, inwieweit die Klimaschutzziele dieses Gesetzes auf Ebene der jeweiligen Kommune erreicht werden" können.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, wie das Ganze ohne einen gigantischen Bürokratieaufwand bewerkstelligt werden soll, bleibt Ihr Geheimnis, es sei denn, Sie hätten zugleich massenhaft kommunale Glaskugeln zur Verfügung, um Prognosen zum Klimaverlauf der nächsten Jahrzehnte anzustellen, an denen sogar derzeitige Supercomputer scheitern.

Meine Damen und Herren hier im Plenum, Sie merken vielleicht selbst schon, dass die Forderungen der GRÜNEN für sich genommen abstrus sind. In der Summe aber ergibt sich ein derartiger Wust an nicht umsetzbaren Ideen, dass man nur den Kopf schütteln kann; denn das Dilemma ist: Die Kommunen können entweder Pläne erstellen, die zu einem reinen Papiertiger werden und Behörden über Jahrzehnte hinweg beschäftigen und niemals zur Ausführung kommen, oder die Kommunen müssten ihre gesetzlichen Kompetenzen mehr als nur überschreiten, um tatsächlich an einer Umsetzung der überdimensionierten Klimatraumvorstellungen eines CO₂-freien Lebens – Sie hören den Widerspruch in sich – mitzuwirken. Beides ist aus Sicht der AfD inakzeptabel.

Der Gesetzentwurf der GRÜNEN zeigt daher vor allem eines: Sobald die CSU einschwenkt und grün angehauchte Gesetze auf den Weg bringt, die an die Schmerzgrenze vieler Bürger gehen, setzen die GRÜNEN noch einen obendrauf, qualitativ aber leider in einer unteren Schublade. Den vorliegenden Gesetzentwurf lehnen wir deshalb ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Prof. Dr. Hahn, ich bedanke mich bei Ihnen. – Meldungen zu einer Zwischenbemerkung liegen nicht vor. Ich rufe den nächsten Redner auf. Das ist der Abgeordnete Hans Friedl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Umweltminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in Zweiter Lesung über einen Gesetzentwurf zu einem Klimaschutzgesetz der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Um es kurz zu machen: Die FREIEN WÄHLER lehnen diesen Gesetzentwurf ab. Ich könnte Ihnen jetzt sieben Minuten Pause gönnen; aber bevor jemand denkt, wir hätten es uns zu einfach gemacht, möchte ich für unsere Fraktion Stellung nehmen.

In diesem Sommer einen Gesetzentwurf vorzulegen, der quasi inhaltsgleich mit dem aus dem Jahr 2019 ist, könnte man fast als dreist bezeichnen. Ohne ein Update während des Bundestagswahlkampfes damit ins Rennen zu gehen, habe ich persönlich für schwierig gehalten.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, sind Sie jetzt der Fürsprecher der GRÜNEN? – Das ist ja etwas ganz Neues.

Bürokratiemonster zu erschaffen – –

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, wie angenehm war es doch, als Sie nicht hier waren. – Bürokratiemonster zu erschaffen, scheint unisono ein Hauptanliegen Ihrer Fraktion zu sein. Ich befürchte, dass wir mit der Aufnahme der Arbeit einer Bundesregierung durch eine Ampelkoalition sowohl personell als auch finanziell mehr Ressourcen aufwenden müssen, um Bundesgesetze hier in Bayern umzusetzen. Genau diese Ressourcen werden uns dann fehlen, um Maßnahmen zum Klimaschutz vor Ort zu unterstützen. Oder wir überfordern die Kommunen. Das ist aber aus meiner Sicht eine nicht so tolle Idee. Übrigens ist das heute schon leidvoll zu beobachten.

Wir müssen die Menschen vor Ort mitnehmen, Überzeugungsarbeit leisten und eine Politik zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger machen, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land.

Dieses Jahr war von Wetterphänomenen geprägt wie kaum ein anderes. Sie wurden durch die immer stärker werdende Klimaveränderung ausgelöst. Das ist nicht zu leugnen. Wir Menschen tragen den größten Teil zu ihr bei. Manchmal habe ich das Bild vor Augen, wie man den Ast absägt, auf dem man sitzt. Liebe GRÜNE, liebe SPD, wir müssen die Kurve kriegen, und wir werden sie kriegen. Wir werden unsere Hausaufgaben machen. Wir werden das jetzige Klimaschutzgesetz und die Maßnahmen wei-

terentwickeln. Wir werden uns dabei alle Möglichkeiten des Handelns offenhalten, und zwar modern und technologieoffen, ohne alles und jedes zu reglementieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte es für kritisch, nur auf ein einziges Pferd zu setzen und zum Beispiel die Windkraft zu zementieren. Nur der Mix aus allen regenerativen Energien wird uns am Ende des Tages helfen. Windkraft, Photovoltaik, Wasserstoff, Geothermie, Biogas und Wasserkraft werden in Zukunft die tragenden Säulen sein. Aber die Kraft nur in die Erzeugung von Energie zu stecken, ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Wir brauchen auch die Netze, um diese Energie zu verteilen. Es kann doch nicht sein, dass schon heute in München an sonnigen Tagen die Erzeugung von PV-Strom durch die Stadtwerke München auf 80 % der Leistung reduziert wird, weil der Strom nicht weitergeleitet werden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Bitte antworten Sie doch dann auf das, was zu den Stadtwerken München gesagt wurde.

Strom aus Wasserkraft könnte in Tages- und Jahreszeiten niedrigen Verbrauchs genutzt werden, um Wasserstoff grün zu erzeugen, solchen Wasserstoff, der dazu genutzt werden kann, unsere Industrie CO₂-neutral aufzustellen. Wir könnten auch einfach eine Brennstoffzelle damit betreiben, um von A nach B zu kommen, wie ich es bereits seit 30.000 km mache.

Der Klimaschutz muss jedem Bürger mit Maßnahmen begreiflich gemacht werden, die jeder Einzelne unabhängig vom Geldbeutel umsetzen kann. Die Klimaschutzerziehung und die Klimaschutzbildung müssen in Kindergärten, Kitas und Schulen Eingang finden. Das Bewusstsein bei den jungen Menschen ist da. Wir müssen es nutzen, um Multiplikatoren in allen Bereichen der Gesellschaft zu finden, und zwar mit gesundem Menschenverstand und auch abseits von Fridays for Future. Wir in Bayern werden das erledigen. Wir werden nach Berlin schauen, ob die Bundesregierung mit einer Beteiligung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liefert. Bisher trat während der Sondierungen

eher der dritte Koalitionspartner in Erscheinung, und er hinterließ seine Handschrift im Sondierungspapier.

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben es doch gar nicht gelesen!)

Aber die Koalitionsverhandlungen sind ja gerade erst gestartet. Wie man so schön sagt: Abgerechnet wird am Schluss.

Lassen Sie mich zum Schluss das alles zusammenfassen: Nein zum Bürokratiemonster; die Bürger nicht vergessen, sondern mitnehmen; Nein zu Beschränkungen und Verboten von oben. Lassen Sie uns einen bayerischen Weg beschreiten. Ich bin mir sicher, dass wir es schaffen können, den Klimawandel zu beeinflussen. Lassen Sie uns Ökologie und Ökonomie nicht gegeneinander ausspielen. Deshalb bitte ich Sie: Lehnen Sie diesen Gesetzentwurf ab!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Stümpfig. Herr Abgeordneter Stümpfig, bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Friedl, ich wollte Sie nur darauf hinweisen, als wir unser Klimagesetz im Jahr 2018 eingebracht haben, hatte es 11 Artikel; mittlerweile hat es 24 Artikel. Es ist natürlich schon so, dass bestimmte zentrale Artikel in einem Klimagesetz – da können Sie auf die anderen zwölf Bundesländer schauen, die ein Klimagesetz haben – immer ähnlich aufgebaut sind: Es gibt Ziele, es gibt Klimaanpassungen und ein Landesklimakonzept für die öffentliche Hand, Mobilität usw. Wir aber haben einiges mehr hineingepackt. Wir haben es angepasst.

Die Welt dreht sich weiter, auch wenn Sie das vielleicht nicht wahrhaben wollen. Und dann hat man die Debatten im Ausschuss, bei denen man wirklich die Klimaveränderungen leugnet und sagt: Das ist ja alles schön und gut, aber wir tun alles. Nein, Sie tun einfach viel zu wenig.

Deshalb noch einmal die klare Frage an Sie, Herr Friedl: Was können wir denn jetzt endlich tun, damit wir diese Klimaziele erreichen? Wenn Sie immer davon sprechen, die Bürger mitzunehmen, dann ist das Erste doch eine Aufklärung, dass man ein Landesklimaschutzkonzept erstellt, partizipativ, so, wie wir das vorhaben, und nicht so, wie es jetzt der Umweltminister Glauber gemacht hat: schnell etwas aus der Schublade holen, einen 10-Punkte-Plan. So nimmt man keine Bürgerinnen und Bürger mit. So etwas erstellt man gemeinsam. Andere Bundesländer haben das vorgemacht. In Bayern passiert das nicht.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke!

Martin Stümpfig (GRÜNE): Warum schaffen das die FREIEN WÄHLER nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Herr Stümpfig, ich habe es Ihnen aufgezählt, und es ist müßig, das jetzt noch mal zu wiederholen. Ich gehe mal davon aus, dass uns die GRÜNEN und die SPD in Berlin zeigen werden, wie es geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit komme ich zum nächsten Redner. Es ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Florian von Brunn. Bitte schön, Herr von Brunn, Sie haben das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das gleitet hier ja schon fast ins Humoristische ab.

(Zuruf)

Wir hören große Töne von einer Regierung, die es seit drei Jahren nicht geschafft hat, den Klimaschutz voranzubringen. Der Redner der CSU macht wie üblich Ankündigungen, und der Redner der FREIEN WÄHLER verteidigt die Politiklinie des Ministerpräsidenten, obwohl wir doch alle wissen, dass Sie hinter den Kulissen streiten und Herr Glauber schon längst ein Klimaschutzgesetz vorlegen wollte, weil das alte Schrott ist, weil es dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März nicht entspricht, aber nicht darf, weil Markus Söder sein Veto eingelegt hat. Das versuchen Sie heute hier zu kaschieren, und das ist billig, das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass Sie endlich mal aus dieser Ankündigungspolitik rauskommen, aus diesem Schwurbeln, und dass Sie verstehen, dass wir in Deutschland und in Bayern eine Verantwortung haben, eine globale Verantwortung, weil wir dafür verantwortlich sind, dass seit fast 200 Jahren Klimagase, Treibhausgase, ausgestoßen werden. Wir waren eines der Industrieländer der ersten Stunde. Aber wir haben auch eine andere Verantwortung, weil wir die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten haben, um Klimaschutz, wirtschaftliche Prosperität und soziale Gerechtigkeit zu verbinden, gerade Bayern. Das bleiben Sie schuldig, und das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben alle die schrecklichen Bilder der Flutkatastrophe vor Augen: in Deutschland, in Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen, in Bayern. Wir wissen, das kommt von der Klimaerhitzung. Auch wenn der geschasste Fraktionsvorsitzende der AfD das leugnet, wissen wir doch: Eine Mehrheit der Deutschen sieht das ganz anders.

Weltweit sind viele Menschen betroffen und in Gefahr durch solche Folgen der Klimaerhitzung. Deswegen müssen wir handeln. Als Sozialdemokrat sage ich noch eines dazu: Die Klimakrise ist für die Menschheit lebensbedrohend. Sie trifft aber immer die ärmeren Teile der Bevölkerung besonders hart, nicht nur im globalen Süden, sondern auch bei uns.

Wir haben die Wirtschaftskraft, wir haben die Finanzmittel, die Technologie und die Innovationskraft, um die sozialökologische Wende zu schaffen. Bisher ist der Freistaat unter der Führung der Herren Söder und Aiwanger dieser Verantwortung leider nicht nachgekommen.

Ich kann das auch an harten Fakten deutlich machen: Seit 2007 – das sind die offiziellen Zahlen – hat der Freistaat Bayern es unter einer CSU-geführten Regierung nicht geschafft, die Treibhausgasemissionen zu senken. Im Gegenteil, in den letzten Jahren ist der Ausstoß an CO₂ etc. weiter angestiegen, vor allem auch im Bereich Verkehr.

Mit Ihrer Regierungsmehrheit haben Sie hier ein Klimaschutzgesetz verabschiedet, das – wie ich schon gesagt habe – nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts verfassungswidrig ist, weil die Klimaziele unzureichend sind und damit die Freiheit zukünftiger Generationen eingeschränkt wird.

Ich bin gespannt auf Ihr angekündigtes überarbeitetes Gesetz, Herr Glauber, und darauf, wann es kommen darf, wann der Ministerpräsident sein Plazet gibt. Ob es die Situation tatsächlich verbessert, muss sich erst zeigen; denn Papier ist geduldig, vor allem bei Ihnen.

Es wird auch nicht funktionieren, solange Sie die Energiewende ausbremsen, und das tun Sie: 2020 wurden gerade einmal acht Windräder in Bayern gebaut. Die Kollegin Karl wird später noch darauf zurückkommen. Damit ist der Freistaat das Bundesland, das den geringsten Anteil an Windenergie pro Quadratkilometer Landesfläche erzeugt. Im SPD-geführten und gegenüber dem Freistaat fünfmal kleineren Land Brandenburg gibt es übrigens 4.000 Windräder, fast viermal so viele wie in Bayern. Es ist doch klar, dass wir in Bayern deutlich mehr Klimaschutz brauchen. Hier sollten Sie mit dem Klimaruck mal anfangen; der ist schon längst überfällig.

Genau deswegen ist es auch gut, dass die GRÜNEN heute in Zweiter Lesung ein Klimaschutzgesetz vorlegen, weil einfach klar ist, dass wir vorankommen müssen: bei der Energiewende, bei einer klimafreundlichen Mobilitätswende, bei klimaneutralen

Gebäuden und Heizungen, bei einem Programm für klimafreundliche Industrie. Darüber reden Sie immer viel, aber dafür machen Sie nichts. Last but not least: bei einer massiven Stärkung der Kommunen, denn Klimaschutz wird vor Ort gemacht.

Die Frage aber, wie die Städte und Gemeinden das finanzieren sollen, ist für uns unzureichend beantwortet. Das muss ich kritisch zum Gesetzentwurf der GRÜNEN sagen. Als Kommunalpartei ist es der SPD sehr wichtig, dass Klimaschutz vor Ort, in den Kommunen, gemacht werden kann. Deswegen muss das auch eine besondere Pflichtaufgabe der Kommunen werden, als Teil der Daseinsvorsorge für jetzige und zukünftige Generationen. Das heißt, der Freistaat muss dafür die finanzielle Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben als SPD schon am 1. Juli dieses Jahres in Zusammenarbeit mit dem renommierten Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung einen Masterplan für ein soziales und klimaneutrales Bayern bis spätestens 2040 vorgelegt. Eine Mission Zukunftsgerechtigkeit. Als SPD ist es uns besonders wichtig, dass Klimaschutz sozial gerecht ist. Wir müssen alle Menschen mitnehmen. Wenn jetzt solche großen Veränderungen in Bewegung gesetzt werden, wenn es solche Fortschritte im Klimaschutz geben soll, müssen sie wissen, dass sie keine Nachteile und Ungerechtigkeiten erleiden, wenn wir die sozial-ökologische Modernisierung des Freistaats anpacken. Das ist bisher nicht garantiert.

(Beifall bei der SPD)

Das DIW hat für uns mal die Verteilungswirkung der CO₂-Abgabe, bezogen auf Bayern, ausgerechnet. Sie trifft im Freistaat vor allem die unteren 20 bis 30 % der Einkommensbezieher besonders hart und besonders schlimm auch die ländlichen Räume, dort, wo es kaum öffentliche Verkehrsmittel gibt und wo Ölheizungen überwiegen. Am härtesten trifft es die strukturschwachen ländlichen Gebiete.

Da müssen wir etwas tun, und das fehlt mir auch im Gesetzentwurf der GRÜNEN: Das Thema "Soziale Gerechtigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse" wird nicht adressiert.

Wir müssen in Bayern viel stärker als bisher in klimafreundliche Alternativen für die Menschen investieren, den öffentlichen Verkehr auf dem Land ausbauen und wirksame Austauschprogramme für alte Ölheizungen auflegen. Sozialer Klimaschutz in Stadt und Land bedeutet auch gleichwertige, gute Lebensbedingungen in ganz Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt eben, die Menschen mitzunehmen und auch die Kommunen entsprechend auszustatten und dabei das 1,5-Grad-Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Genau dafür werden wir kämpfen und deswegen in nächster Zeit auch einen eigenen Gesetzentwurf, ein eigenes Klimaschutzgesetz vorlegen, das genau das berücksichtigt. Trotzdem stimmen wir heute dem Gesetzentwurf der GRÜNEN zu, weil er weit besser ist als all das, was bisher von der Staatsregierung kam. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Es folgt eine Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Dr. Hahn. Bitte schön, Herr Prof. Dr. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr von Brunn, die SPD hat ja früher einmal die Interessen der deutschen Arbeiter vertreten. Jetzt sind es wohl eher die der GRÜNEN, wie man hört.

Die Beschäftigungszahlen der Solarbranche, die Sie so anpreisen, sind laut Umweltbundesamt im Zeitraum von 2011 bis 2019 von einstmals 157.000 Beschäftigten auf nur mehr 52.000 Beschäftigte gesunken, also ein Rückgang um zwei Drittel. Auch bei der Windkraft ist die Anzahl der Beschäftigten von 2016 bis 2019 um ein Drittel gesunken, also in nur drei Jahren.

Längst ist klar, dass die Beschäftigungszuwächse bei der Energiewende nicht mehr hierzulande, sondern in Asien stattfinden. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Deutschland langfristig nicht in einer Subventionsspirale gefangen ist und dass die Energiewende Wohlstandseffekte für unser Land und unsere Arbeitnehmer generiert und nicht einzig für ausländische Produzenten? Ist es nicht so, dass Ihre Wertschöpfungskette, nämlich die von Rot-Grün, ins Ausland führt?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Herr Hahn, erst mal halte ich fest, dass die Zustimmungswerte der AfD bei der Bundestagswahl deutlich gesunken sind. Das ist auch gut so. Wir werden auch weiter daran arbeiten, dass Ihre Werte weiter sinken.

(Beifall bei der SPD)

Was den Anteil der Klimaschutz- und Umwelttechnologien angeht, sagen alle seriösen Stimmen und Forscher – dazu zählen Sie nicht –, dass wir 2025 wahrscheinlich schon ein Viertel Anteil an der Wertschöpfung von Klimaschutz, Kreislaufwirtschaftstechnologien und Ähnlichem haben. Das ist eine Zukunftstechnologie. Genau darum geht es, und Olaf Scholz hat in den letzten Monaten auch deutlich gemacht, dass wir Klimaschutz mit wirtschaftlicher Prosperität und sozialer Gerechtigkeit zusammenbringen müssen und zusammenbringen werden. Das ist nicht Ihre Sache. Ihre Sache ist zu versuchen, die Bevölkerung aufzuhetzen. Aber damit werden Sie scheitern. Wir machen stattdessen Sachpolitik und guten Klimaschutz.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter von Brunn. – Ich komme zum nächsten Redner. Es ist Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Vizepräsident.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, in Ihrer gestrigen Pressemit-

teilung zu diesem Gesetzentwurf heißt es, dass dieser den Wettstreit um die besten Ideen in Bayern anheize, nicht das Klima. – Ziemlich markig!

Wenn ich mir aber anschau, was wirklich im Entwurfstext steht, erkenne ich: Es heizt vor allem die Regulierungsbehörden und die Bürokratie in Bayern an. Vor allem Artikel 4 Absatz 3 sticht insoweit ins Auge. Demnach soll bei allen Planungs- und Abwägungsentscheidungen auf der Grundlage landesrechtlicher Vorschriften dem Klimaschutz besonderes Gewicht zukommen, "[...] auch, wenn es sich im Einzelfall um geringe Beiträge zur Treibhausgasminde- rung handelt."

Verehrte Damen und Herren, solche Bestimmungen liefern keinerlei Mehrwert für den Klimaschutz in Bayern. Zum einen werden die Bemühungen um den Klimaschutz ins Extreme verteuert. Nicht jeder Neubau lässt sich nämlich klimaneutral darstellen, und die Mehrkosten, beispielsweise durch einen Vollholzbau, liegen bei circa 30 %. Wie sollen denn Unternehmer unter solchen Bedingungen noch Standorte in Bayern finden, geschweige denn, Familien ihre Häuser bauen können?

Zum anderen konnten Sie uns im Ausschuss nicht sagen – das weiß ich von Herrn Kollegen Skutella –, was Sie denn unter "geringen Beiträgen zur Treibhausgasminde- rung" verstehen. Wie groß bzw. klein müssen diese Beiträge sein, um nicht unter Ihr Klimagesetz zu fallen? Nach unserer Auffassung könnten somit sämtliche Infrastruk- tur- und Industrieprojekte, die unter Umständen die Fällung einzelner Bäume verursa- chen würden, nicht mehr ermöglicht werden. Da jeder einzelne Baum einen geringen Beitrag zur Treibhausgasminde- rung beisteuert, könnte man in Bayern durch Ihren Ge- setzentwurf bald keinerlei Neubauten mehr errichten.

Als weiteren Kritikpunkt sehen wir den Budgetansatz. Dieser kann aufgrund wissen- schaftlicher Messungen stetig nach oben oder nach unten korrigiert werden. Was un- sere Wirtschaft, aber auch unsere Gesellschaft benötigt, sind Planbarkeit und Rechts- sicherheit. Mit einem Budget, das sich von einem auf den anderen Tag um x Millionen Tonnen CO₂ ändert, kann unsere Gesellschaft jedenfalls nicht planen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Damit auch Sie das endlich erkennen, würde Ihnen ein Blick in den aktuellen Bericht des Weltklimarates aus dem August 2021 helfen. Darin heißt es nämlich, dass das weltweit verbleibende CO₂-Budget um etwa 10 % größer geworden ist. Das heißt natürlich nicht, dass wir unsere Bemühungen um den Klimaschutz nun verringern dürfen. Aber es zeigt Ihnen, verehrte Damen und Herren, dass Sie die globalen und die nationalen Budgetzahlen nicht für sakrosankt halten sollten, wie Sie es ja immer gern machen.

Einzig bei der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand haben wir Sympathien für Ihren Gesetzentwurf. Wenn der Staat von seinen Bürgerinnen und Bürgern verlangt, klimaneutral zu werden, muss er diesen Stil natürlich vorleben. Das heißt: Sanierung seiner eigenen Liegenschaften – ich brauche als Beispiel nur die Hochschulen anzuführen –, Umrüstung des eigenen Fuhrparks und PV-Anlagen auf den Dächern der Gebäude in öffentlicher Hand.

Ansonsten entspricht der Gesetzentwurf nicht unseren Vorstellungen von Klimaschutz. Wir werden ihn deshalb ablehnen.

Lassen Sie mich jetzt noch, nachdem Herr Kollege Flierl es angesprochen hat – ich hatte mich schon gewundert, dass das hier keine Rolle spielt –, auf die Koalitionsverhandlungen in Berlin eingehen. Bei diesen sitzen wir drei, FDP, SPD und GRÜNE, zusammen. Im Gegensatz zu vielen anderen bin ich schon der Meinung, dass das eine ganz harte Nuss wird. Aber ich bin auch der Auffassung, dass es nicht ein Thema ist, das ganz zum Schluss, vielleicht in irgendwelchen Nachtrunden, abgeräumt wird. Ich glaube, dass die Vorstellungen der Ampelkoalitionäre im Endeffekt in eine Richtung zu verhandeln sind. Natürlich sagt man von den GRÜNEN immer, sie seien eine "Verbotspartei". Diese Bezeichnung kennen Sie; sie wird sicherlich auch in den Verhandlungen zu hören sein.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Von uns heißt es, wir seien "Marktradikale". Zur SPD fällt mir jetzt nichts ein.

(Heiterkeit)

Die SPD ist halt mittendrin.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Nein, nein, Sie haben ja auch Ihre Vorstellungen. Das ist doch völlig klar.

Ich glaube, dass wir es schaffen werden. Wichtig ist, dass der Klimaschutz mit innovativen Tätigkeiten und der Ankurbelung der Wirtschaft verbunden wird; denn dort muss die Wertschöpfung erfolgen. Auch der Hochschulbereich ist einzubeziehen. Das betreibe ich intensiv. Kollegin Osgyan ist nicht da; aber es ist bekannt, dass auch sie dafür wirbt. Wir müssen die jungen Leute in diesem Bereich unterrichten und ausbilden, damit sie als Anbieter entsprechender Produkte und Dienstleistungen auf dem Weltmarkt agieren können. Das ist die positive Zukunft, die ich sehe.

Schauen wir einmal, wie sich die CDU und – in Bayern – die CSU, die FREIEN WÄHLER und die Staatsregierung einbringen, wenn der eine oder andere Entwurf, nachdem wir uns in Berlin zusammengerauft haben, im Bundesrat aufgeschlagen ist. Dann kommt es zum Schwur.

Verehrte Damen und Herren, wir werden trotzdem diesen Gesetzentwurf hier in Bayern ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Vizepräsident Dr. Heubisch. – Ich darf den letzten gemeldeten Redner aufrufen. Es ist der Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Hartmann. Bitte schön, Herr Abgeordneter Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Huber von der CSU hat lange ausgeführt, warum wir Klimaschutz machen müssen. In der Ist-Beschreibung stimme ich ihm zu. Was aber haben Sie daraus gelernt? – Es ist nichts geliefert worden.

Sie haben davon gesprochen, dass Sie bereits im Jahr 2004 die Bayerische Klima-Allianz gegründet haben. Man kann daher auch sagen: Ihre Klimaschutzpolitik ist im Jahr 2004 stehen geblieben. Seitdem hat sich insoweit gar nichts getan.

Ich möchte noch einen anderen Bereich ansprechen. Wir haben gehört, dass die FREIEN WÄHLER und die CSU angeblich seit Längerem an einem besseren Klimaschutzgesetz arbeiten. Und heute spricht hier nicht einmal der zuständige Minister? – Ich habe nichts dazu gehört, was in das Gesetz hineinkommen soll. Ich habe nur gehört, der Entwurf werde überarbeitet. Wir hören von Ihnen nichts Konkretes zum Thema Klimaschutz. Stattdessen verweisen Sie auf Berlin.

Den FREIEN WÄHLERN ist es nicht einmal zu blöd, sich hinzustellen und zu sagen: Bitte, findet in Berlin die Lösung! Wir können es hier nicht anders. – Das, was Sie hier gerade dargeboten haben, war doch nichts anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann wurde groß angesprochen, Klimaschutz sei eine gemeinsame Aufgabe. Ja, richtig. Dann stellen Sie sich doch dieser Aufgabe! Machen Sie doch mit!

Sie haben auch gefordert, Ökologie und Ökonomie zusammenzubringen. Das machen wir doch seit Jahrzehnten!

Zum Thema Energiewende: Wir alle wissen, wie hoch die Strompreise gerade sind. Am 26. Oktober 2021 ist der Strompreis an der Börse um 20 % heruntergegangen. Was war die Begründung? – Es war mehr Windstrom im Angebot. Im Umkehrschluss heißt das: Hätten wir die Windkraft stärker ausgebaut, auch hier in Bayern, dann wäre

für unsere Menschen und unsere Unternehmen der Strom günstiger und damit bezahlbar. Den Ausbau in diesem Land haben Sie in den letzten Jahren verschlafen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist ein konkreter Punkt, den wir in unser Klimaschutzgesetz aufgenommen haben: Mindestens 2 % der Landesfläche sollen als Vorranggebiete für die saubere und günstige Windkraftnutzung bereitgestellt werden.

Übrigens liefern die Windkraftanlagen, die zuletzt bei der Ausschreibung zum Zuge gekommen sind, Strom zu einem Kilowattstundenpreis von 5 bis 6 Cent; der Börsenpreis lag in den letzten Wochen durchschnittlich bei 17,8 Cent. Daran sieht man es doch: Günstige, bezahlbare Energie ist sauber und erneuerbar. Man muss sie nur ausbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich ist es nicht ganz einfach, ganz Bayern zügig CO₂-neutral zu bekommen; das ist unstrittig. Aber die Energiewende ist ein entscheidender Baustein. Daher müssen wir doch den Menschen, die schon vor Jahren draußen im Land mit der Energiewende angefangen haben – draußen im Land hat sie angefangen –, weiterhin ermöglichen, ihrem Pioniergeist zu folgen, um alle Regionen möglichst bald CO₂-neutral zu bekommen.

Ich möchte kurz das Thema Moore ansprechen. Wir sind uns alle einig. Der Oberste Rechnungshof hat am Montag ganz klar gesagt: Die Beschlüsse des Landtags werden nicht umgesetzt. Er hat ganz klar gesagt: Wenn Sie in diesem Tempo weitermachen, renaturieren Sie 135 Hektar im Jahr. Sie bräuchten für Ihre eigenen Ziele aber 2.750 Hektar. Das zeigt doch, dass zwischen Ankündigungen und Tatendrang Welten liegen.

Ich möchte zum Schluss noch kurz auf das Thema Innovationstreiber kommen. Diese brauchen wir. Wir brauchen einen Wettstreit um die besten Lösungen. Ein CO₂-Schat-

tenpreis von 180 Euro führt doch genau dazu; er heizt doch den Wettstreit um die besten Lösungen an. Aber auch das wollen Sie nicht umsetzen. Man muss es so deutlich sagen: Sie sind wirklich aus der Zeit gefallen. Ihre Klimaschutzpolitik ist altes Denken und unseres innovativen Wirtschaftsstandortes nicht würdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Hartmann. – Wenn ich es richtig sehe, hat Herr Sandro Kirchner noch eine Zwischenfrage.

Sandro Kirchner (CSU): Sie hatten als Preis für Windenergie gerade 5 Cent genannt. Ich wollte Sie fragen: Wie beziffern Sie die Kosten, die noch dazukommen, zum Beispiel für Reservekapazitäten? Ich hatte in den letzten Tagen ein Gespräch mit Vertretern eines Energieunternehmens, die mir erklärt haben, dass für den Ausbau der erneuerbaren Energien zukünftig 50 Gigawatt an Reserveleistung aus Gaskraftwerken vorzusehen sind, die erstellt und bereitgestellt werden müssen. Kosten diese Ihrer Ansicht nach nichts, oder haben Sie vergessen, sie beim Preis zu berücksichtigen?

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Erst einmal danke für die eine Minute Redezeit, die ich noch bekomme. – Dies klingt gerade so, als ob Sie die Energiewende gar nicht vorantreiben möchten. Das heißt auch, dass Sie ein altes Denken an den Tag legen. Genau der Punkt, den ich gerade angesprochen habe, zeigt Ihr altes Denken. Der Windstrom ist der günstigste Strom, den wir derzeit produzieren können, günstiger als Strom aus einem neuen fossilen Kraftwerk.

Ich komme zu Ihrer Frage. Wir brauchen doch intelligente Lösungen. Zum Beispiel hat Baden-Württemberg zusammen mit der IHK schön ausgerechnet: Wir können die Lastfrage ohne Einschränkungen für die Wirtschaft etwas verschieben; dadurch können wir Strom flexibler einsetzen.

Es ist richtig: Wir werden Strom speichern müssen. Es ist auch richtig, dass das Stromspeichern etwas Geld kosten wird. Dafür brauchen wir aber zunächst einmal

ausreichend sauberen Strom, um damit sauberen Wasserstoff produzieren zu können. Das müssen wir voranbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/16050 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, das ist die CSU, das ist die FDP, das ist die AfD, und das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.